

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband besorgen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 12.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Drelle Straße 6-8

Die neuangelegte Nonparillergasse oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Inzeratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Inzeratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Polen für den Beschluß des Völkerbundsrats

Zustimmung der Regierung und der Parteien

London, 19. Oktober.

Das Reutersche Bureau erfährt, es seien heute aus Polen sehr befriedigende Nachrichten über Oberschlesien eingetroffen. Die polnischen Parteiführer teilten dem Minister des Auswärtigen mit, daß sie im Prinzip den Empfehlungen des Völkerbundes zustimmten. Die polnische Regierung hat auch versichert, daß sie ihr Möglichstes tun werde, um die Ausführung des Beschlusses des Völkerbundes durchzusetzen. Sie hofft, daß die Empfehlungen schließlich eine gute Wirkung auf die polnisch-deutschen Beziehungen ausüben würden. Eine solche bestimmte Zusicherung ist bis jetzt aus Deutschland nicht nach London gelangt, doch glaubt man in gut informierten englischen Kreisen, daß die Warshawer Zusicherung in Deutschland beruhigend wirken wird.

Inoffizielle Bekanntgabe des Beschlusses der Botschafterkonferenz

E. C. Paris, 20. Oktober.

Der Beschluß der Botschafterkonferenz über Oberschlesien, die heute mittag dem deutschen Botschafter übergeben werden soll, wurde nur dadurch ermöglicht, daß die Alliierten, wie heute das „Journal“ schreibt, einen Winkelszug machten, durch den der klare Wortlaut des Versailler Vertrages und gleichzeitig der Genfer Beschluß verwirklicht werden kann. Die Botschafterkonferenz beschloß, daß für den Augenblick die Entscheidung der Alliierten Deutschland und Polen

nicht amtlich, sondern privatim

bekanntgegeben werden soll.

Der Beschluß der Alliierten besteht aus einem Einleitungs-schreiben und dem Wortlaut der Entscheidung der Alliierten, worin auch Empfehlungen über die Vorgangsweise enthalten sind, wie der Beschluß der Alliierten ins Leben treten könne. Der Einleitungsbrief erinnert an die Bedingungen, unter denen der Vertrag von Versailles in Oberschlesien die Volksabstimmung vorsah, an die Umstände, unter denen der Oberste Rat am 12. August den Völkerbund anrief, an die Gründe, die den Völkerbund dazu führten, außer einer neuen Grenze wirtschaftliche Empfehlungen zu erteilen, damit das Wirtschaftsleben des oberschlesischen Industriegebietes ungehindert fortbauere. Der Einleitungsbrief schließt mit der Versicherung, daß zwischen den Großmächten volles Einvernehmen herrsche, und drückt den Wunsch der Alliierten aus, der Genfer Spruch möge von beiden Parteien beobachtet werden. Endlich kündigt der Beschluß des Einleitungsbriefes noch

Zwangsmahnahmen

für den Fall an, daß beide interessierten Mächte oder eine von ihnen es ablehnen sollte, sich dem Spruche der Alliierten zu fügen.

Der zweite Teil der Mitteilung, die heute dem deutschen Botschafter übergeben werden wird, umfaßt zunächst

die Beschreibung der Grenzlinie

zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien. Sodann werden die provisorischen Maßnahmen wirtschaftlichen Charakters ausgeführt, die bestimmt sein sollen, die Schwierigkeiten im oberschlesischen Wirtschaftsleben der Industrie auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Diese Maßnahmen haben den Zweck, 15 Jahre hindurch den industriellen Unternehmungen in dem von Deutschland abgetrennten Gebiete ihre früheren Absatzmärkte zu erhalten und diesen Unternehmungen die Lieferung von Rohstoffen und Fertigwaren, die sie weiterhin brauchen, unbedingt zu sichern, ferner wirtschaftliche Anzuträglichkeiten zu vermeiden, die sich aus dem sofortigen Ersatz der deutschen durch die polnische Mark ergeben sollten, ferner, daß der Eisenbahnverkehr, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung gesichert werde, die Verkehrsfreiheit für die Industrie über die freie Grenze aufrechtzuerhalten, den Schutz der Minoritäten zu garantieren.

den Arbeitern in dem Polen zugewiesenen Gebiet die Vorteile zu erhalten, die sie aus der deutschen Sozialgesetzgebung und aus dem Wirken der deutschen Gewerkschaften hatten.

Deutschland und Polen werden eingeladen werden, innerhalb acht Tagen Bevollmächtigte zu ernennen, die Verhandlungen zum Abschluß dieser provisorischen Wirtschaftsempfehlungen führen sollen. Die beiden Regierungen sollen ferner sofort Vertreter für eine gemischte Kommission ernennen, die die Anwendung des neuen Systems in Oberschlesien erleichtern sollen.

Die offizielle Verlautbarung der Beschlüsse der Alliierten wird erst später erfolgen. Zuerst soll die neue Grenze festgesetzt werden, und erst wenn dies geschehen sein wird und die deutsche und die polnische Regierung den Alliierten die Versicherung gegeben haben,

daß sie bereit seien, daß neue Wirtschaftssystem anzunehmen, wird die offizielle Verlautbarung der Grenze erfolgen. Dann erst wird die interalliierte Kommission von Oppeln Deutschland und Polen gemäß dem Friedensvertrag bekanntgeben, daß die beiden Staaten die ihnen zugewiesenen Gebietsteile in Besitz nehmen können. Wenn Deutschland oder Polen den Abschluß der wirtschaftlichen Abmachungen ablehnen sollten, würde die Uebergabe der fraglichen Gebiete an Deutschland und Polen hinausgeschoben werden. Erst wenn die Verwaltung des deutschen und des polnischen Teiles von Oberschlesien durch die Behörden beider Staaten sichergestellt ist, sollen die Machtbefugnisse der interalliierten Kommission ein Ende nehmen.

Lloyd George über die Arbeitslosenfrage

London, 19. Oktober.

Lloyd George hielt heute nachmittags seine mit Spannung erwartete Unterhausrede über die Arbeitslosenfrage. Er sagte, das Land mache die schärfste Periode von Arbeitslosigkeit seit 200 Jahren durch. Im gegenwärtigen Augenblick seien in England 1750000 Erwerbslose. Die größte Arbeitslosigkeit herrsche in der Metallindustrie. Die Ursache hierfür sowie für die Störung der Handelsmaschinerie und die Schwankungen der Wechselkurse könne in dem Wort „Krieg“ zusammengefaßt werden. Zwei Arten von Politik seien möglich. Entweder tue

der Staat nichts, oder er biete, soweit es ihm seine beschränkten Mittel gestatten, Unterstützung. Niemand trete ernstlich für die erste Politik ein. Sie würde, ganz abgesehen von Erwägungen menschlicher Art, nicht klug sein. Die Regierung empfehle ohne Zögern die zweite Politik. Es entspreche nicht den Tatsachen, daß die Regierung bisher nichts unternommen habe. Lloyd George gab eine Uebersicht über die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Wiederherstellung des Handels und zur Behebung der Erwerbslosigkeit u. a. durch Förderung der Ansiedlung von Kriegsteilnehmern in den verschiedenen Dominions des britischen Reiches. Der Premierminister erklärte, die Regierung werde weitere 300000 Pfund Sterling beantragen, um mehr Kriegsteilnehmern die Auswanderung zu ermöglichen.

Nach einer ergänzenden Reutersdepeche sagte Lloyd George in seiner Unterhausrede u. a. noch: Die politische Unruhe hindert den Handel am Wiederaufblühen. Ein Beispiel dafür bietet Deutschland, wo das ungeheure Fallen der Mark, das bereits drei Wochen andauert, seiner wirtschaftlichen Ursache zuzuschreiben ist. Wenn politische Unruhen vorhanden sind oder militärische Putzche drohen, kann der Handel nicht wieder aufgebaut werden. Wir müssen uns von einer Atmosphäre freimachen, in der man nicht als Patriot gilt, wenn man über Deutschland ohne Sittenregeln spricht. Großbritannien tritt für Frieden und Ruhe ein. Was auch immer über unsere Motive im Ausland gesagt werden möge, wir haben keine anderen. Sowohl zwischen den Nationen als auch zwischen den Volksklassen muß guter Wille zur Zusammenarbeit bestehen.

Der Machtkampf im Gastwirtsgewerbe

Arbeitslohn oder Bedienungsgeld — Kampf gegen den Achtfundentag Irreführung der Öffentlichkeit

Seit drei Wochen tobt im Gastwirtsgewerbe ein Kampf, der die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit in Anspruch nimmt. Vom ersten Tage an ist der Kampf des Unternehmertums gegen die Gastwirtsangestellten mit üblen Verleumdungen gegen die Arbeitnehmer geführt worden. Und dieser Kampf, der sich hier abspielt, ist nur ein Kampf des Unternehmertums gegen die organisierten Arbeiter und Angestellten. Die Gastwirte haben den Kampf gewollt und bewußt herbeigeführt. Es zeigt sich auch hier wieder, daß Lohnbewegungen sich immer nur dann zu großen, das Wirtschaftsleben erschütternden Kämpfen entwickeln, wenn das Unternehmertum den Streik von vornherein auf einen Kampf im großen anlegt. Auch hier hat das Unternehmertum keinerlei Verhandlungsbereitschaft gezeigt, sondern alle Schlichtungsmöglichkeiten vernichtet. Sie lehnten einen Spruch des Schlichtungsausschusses ab und wiesen die Vermittlungsvorschläge des Reichsarbeitsministeriums und des Berliner Polizeipräsidenten zurück. Auf den letzten erteilten sie gar keine Antwort. Es handelt sich also kaum noch um eine Lohnbewegung im dem üblichen Sinne, sondern um einen Machtkampf der Gasthausbesitzer gegen ihre Arbeiter und Angestellten. Das Unternehmertum hält die Lage für günstig, um der Organisation der Gastwirtsangestellten eine Niederlage beizubringen, und es will diese Situation ausnützen. Die Gasthausbesitzer wollen das Gasthauspersonal zurückwerfen in die

Bedientenrolle des Trinkgeldempfängers.

Die Frage: Feste Entlohnung oder Trinkgeld? war der Ausgangspunkt des Konfliktes. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten verlangte bei Ablauf des alten Tarifes die Befestigung aller Prozente von der Zeche und die Einführung einer festen Wochenentlohnung. Die Unternehmer forderten dagegen sofort die Befestigung der bisherigen Entlohnungsform, bei der neben festen Löhnen 2 oder 3 Prozent vom Umsatz gezahlt werden. Sie forderten die Wiedereinführung des Bedienungsgeldes. Das Gasthauspersonal sollte durch ein zwangsweise auf 10 Prozent der Zeche festgesetztes Trinkgeld entlohnt werden.

Das Ziel des Strebens der Unternehmer ist dieses: Durch die Festlegung des Personals auf einen 10prozentigen Zuschlag soll das Interesse des Bedienungspersonals am Geschäft gesteigert werden. Für das Publikum hätte das zunächst zur Folge, daß es vom Bedienungspersonal beständig zum Verzehren möglichst großer Mengen von Speisen und Getränken angehalten werden würde. Man erinnert sich noch der Zeiten, wo der Kellner beständig neben dem Gast stand, um ihn durch seine ständige Anwesenheit entweder zum Verlassen des Lokals oder zu neuen Bestellungen zu veranlassen.

Für die Gastwirtsangestellten aber bedeutet die vom Unternehmertum gewünschte Lohnmethode, daß besonders eifrige Elemente unter ihnen keinerlei Interesse mehr an einer Begrenzung der Arbeitszeit hätten. Denn je länger der einzelne Kellner arbeitet, um so höher wird die Summe seines zehnprozentigen Bedienungsgeldes pro Tag sein. Das würde die Auflösung der Solidarität und Organisation bedeuten, womit das eigentliche Ziel des Unternehmertums in der Tat erreicht wäre. Der Kampf dieses Unternehmertums ist mithin zugleich

ein Kampf gegen den Achtfundentag

Er war ihnen von jeher außerordentlich unangenehm, aber seine gesetzliche Festlegung ist nirgends so notwendig wie im Gastwirts-gewerbe, wo sich die Unternehmer von jeher eines Scharfmacher-tums befleißigten, das keinesgleichen nicht findet.

Doch noch weitere Vorteile für die Zukunft bietet die Resthabe des Bedienungsgeldes dem Unternehmertum. Einstweilen lofft man die Kellner damit, daß man ihnen sagt, sie könnten bei richtiger Ausnutzung des Geschäftes mit Hilfe des Bedienungsgeldes ein Jahreseinkommen von 100 000 bis 180 000 Mark erzielen. Wer ist so naiv zu glauben, daß ein Unternehmer — zumal ein Gast-wirt — einem Angestellten oder Arbeiter ein solches Einkommen für längere Zeit zahlen wird, ganz abgesehen davon, daß diese phantastische Ziffer selbstverständlich unter keinen Umständen erreicht wird. Oder wenn sie erreicht werden sollte, so würde es die interessantesten Rückschlüsse auf

die Millionenumfänge und Riesenverdienste der Gasthausbesitzer

zulassen, wenn der zehnprozentige Anteil eines einzigen Kellners pro Jahr 100 000 bis 180 000 Mark betragen würde.

Aber nie würde ein Kellner dieses Einkommen erreichen. Und wenn er auch nur ein annäherndes Gehalt aus den Gästen heraus-schinden würde, so wäre die Folge davon, daß das Unternehmertum bei den nächsten Tarifverhandlungen das Bedienungsgeld auf 6 oder 4 Prozent oder noch tiefer heruntersetzen würde. Neben einer schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitszeit ist also größter Spielraum im

Druck auf die Löhne

das Ziel dieses Machtkampfes einer skrupellosen Ausbeutergruppe. Und skrupellos ist dieser Kampf der Gasthausbesitzer. Mit den niedrigsten Mitteln wird er geführt. Lüge, Verleumdung, ja Dolch und Revolver sind die Mittel, mit denen sie und die traurigen Gesellen, die sich ihnen als Streikbrecher zur Verfügung stellen, gegen die Gastwirtsangestellten vorgehen.

Diese aber kämpfen um das Recht, als Arbeiter zu einem anständigen festen Lohn beschäftigt zu werden. Sie kämpfen darum daß sie befreit werden von der unwürdigen Rolle des Bedienten mit der hohlen Hand und des animierenden Kellners. Das ist der Kern dieses Kampfes, und die gesamte Öffentlichkeit sollte sich einmütig auf die Seite der Angestellten und Arbeiter schlagen, wenn ihr noch ein Rest von Verständnis für jene menschliche Würde geblieben ist, für die hier eine schwer ausgebeutete Arbeitnehmergeuppe ihren Kampf führt. Die Arbeiterklasse insbesondere muß erkennen, daß es sich auch hier um einen Kampf handelt, der von grundsätzlicher Bedeutung für die gesamte gewerkschaftliche Bewegung ist. Die kämpfenden Gastwirtsangestellten müssen daher von der gesamten organisierten Arbeiterklasse auf das tatkräftigste unterstützt werden.

Siegen die Gastwirtsangestellten, so ist ihr Sieg

ein Sieg der Arbeiterklasse,

ein Sieg ihrer höheren Sittlichkeit über die Gewinn-sucht einiger Ausbeuter.

Monarchistische Terrorgruppen

Die Pläne der Tiroler Putschisten

Die Karlisten in Tirol und die Königsmacher in Bayern arbeiten Hand in Hand. Wenn sie auch noch nicht einig darüber sind, wer der König des vereinigten Bayern-Tirol sein soll — vielleicht weiß der frühere Münchener Polizeipräsident Poehner näheres darüber, der ja dieser Tage in Innsbruck mit den tirolischen Separatisten verhandelt hat —, so eint sie doch die reaktionäre antirepublikanische Gesinnung. Namentlich in Tirol werden die Putschpläne ziemlich offen betrieben, und hier wiederum ist es die Geistlichkeit bzw. der Weihbischof Watz, der die Vortreibung von Oesterreich und die Restaurierung der Habsburger und — wenn es sein muß — den Anschluß Tirols an ein Bayern unter den Wittelsbachern sehr ernsthaft betreibt. Ueber die Pläne zur Ausführung des Putsches in Tirol veröffentlicht die sozialdemokratische „Innsbrucker Volkszeitung“ folgende Einzelheiten:

„Eine aufgestellte Terrorkompanie hebt alle bekannten sozialdemokratischen Führer und die Bürgerlichen, die sich zur Republik bekennen, aus. Die Terrorkompanie besteht nur aus früheren Offizieren, ist vorzüglich bewaffnet und hat den Auftrag, weder Menschenleben noch Sachgüter zu schonen. Genauer bezeichnete Republikaner sollen an den Straßenlaternen aufgeknapft und zur Einschüchterung der Bevölkerung hängen gelassen werden. Bis an die Zähne bewaffnete und mit Handgranaten ausgerüstete Offizierspatrouillen haben den Auftrag, mit schonungsloser Gewalt, jede, auch die kleinste Menschenansammlung zu sprengen.“

Das „Aufknöpfen“ scheint überhaupt die vornehmste Aufgabe der Terrorkompanien zu sein. Namentlich nach den Auslassungen des Gendarmeriebeamten Ebenhöhn, der folgendes darüber sagte:

„Einige Hundert aufknöpfen, einige Hundert erschlagen, dann wird sich die Kanaille Volk schon beugen.“ Eisenbahner, Postbedienstete, Buchdrucker, Beamte, die den Dienst nicht klaglos verlassen, sollen an der Arbeitsstelle erschossen werden. Die Leichen bleiben zur Abschreckung liegen. Ueber die Stadt wird das Scharrecht verhängt, die Zeitungen werden beseitigt und müssen von den Redakteuren in monarchistischem Sinne redigiert werden. In den Zeitungen und auf Straßenplätzen soll der Bevölkerung vorgelesen werden, daß Kaiser Karl, umbrannt vom Jubel der Bevölkerung, in Wien eingezogen sei.“

Die Nachrichten aus Tirol müssen durchaus ernst genommen werden. Auch in Bayern ist die Lage immer noch sehr gespannt. Die Kreise um den Obersten Wpianer haben ihre Pläne noch lange nicht aufgegeben. Sie arbeiten gerade nach dem Sturz der Regierung nach mit Fieberhitz auf einer Wendung im monarchistischem Sinne. Gestern früh gingen sogar in Berlin Putschgerüchte um. Die nur deshalb nicht alarmierend wirkten, weil die bürgerliche Presse nicht erscheint. Die Regierung erklärte zwar, in München sei alles ruhig. Nichtsdestoweniger müssen die Vorgänge in Tirol und Bayern mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Ludendorffs Reise nach Schweden

Scheidemann hatte leithin in der „Glode“ einen Artikel gegen die deutsch-nationale Legende über den „Verrat der Front durch die Heimat“ geschrieben und dabei den Satz gesagt: „Dabei ist Ludendorff nach Schweden geflohen.“ Diese Feststellung habe den General sehr geschmerzt. Er läßt der „Kreuzzeitung“ eine Erwiderung zu gehen, in der es heißt:

„Ich bin nach Ausbruch der Revolution nicht nach Schweden geflohen. Zunächst war ich, da verabschiedet, Privatmann und konnte mich als solcher hinbegeben, wohin es mir paßte. Hier lag aber die Sache noch anders. Zufolge der Hebe, die namentlich von sozialdemokratischer Seite gegen mich getrieben wurde, war ich in den Revolutionsstagen für alle die eine Gefahr geworden, die mich aufnahmen oder aufnehmen wollten. Eine eigene Wohnung besaß ich damals nicht. Ich fandte deshalb Hauptmann Poemler zum Minister Scheuch, damit dieser den Volksbeauftragten Ebert zum Schutze für mich und die er-

suchte, die mich aufnahmen. Falls der Volksbeauftragte Ebert nicht in der Lage sei, diesen Schutz sicherzustellen, ersuchte ich am Auslandsparlament. Dieser Pakt wurde mir dann durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes zugestimmt. Als ich in Schweden meine Kriegserinnerungen beendet hatte, kehrte ich Ende 1919 nach Deutschland zurück.“

Es ist begreiflich, daß es dem General Ludendorff nicht angenehm ist, wenn er immer wieder an seine Flucht erinnert wird. Er sollte sich aber doch veranlaßt sehen, bei seinen Gegenerklärungen etwas mehr Rücksicht auf die Wahrheit zu nehmen. Der „Vorwärts“ stellt nämlich fest, daß die Behauptungen, Ludendorff habe seinen Pakt im Auswärtigen Amt erhalten, den Tatsachen nicht entspricht. Ludendorff ist in Wirklichkeit mit einem ausländischem Pakt mit ausländischem Namen (Erich Lindström) und — mit blauer Brille nach Schweden entflohen. Das sieht alles in allem nicht gerade nach Heldennut aus.

Der Reichstag

Heute vormittag 10 Uhr trat der Aeltestenrat des Reichstages zusammen. Die Regierung erklärte, daß heute nachmittag der Beschluß der Reichstageskonferenz dem deutschen Volschafter in Paris, Dr. Meyer, übergeben werden wird. Die Regierung sei daher nicht in der Lage, zu erklären, ob sie bereits morgen sich vor dem Reichstag äußern könne. Von den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie wurde großes Gewicht darauf gelegt, daß der Reichstag möglichst schnell sowohl zu dem oberstleitenden Entscheid, als zu der gesamten politischen Situation Stellung nehmen müsse. Im Zusammenhang damit nahmen unsere Vertreter die Gelegenheit wahr, nochmals dagegen Protest zu erheben, daß unter Umständen der Reichstag durch eine vorzeitige Demission der Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt werde. Schließlich wurde beschlossen, daß der Präsident sich mit der Regierung ins Einvernehmen setzen werde, ob sie in der Lage sei, bereits morgen vor dem Reichstag zu erscheinen. In diesem Falle würde der Reichstag etwa zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags zusammentreten. Nach der Regierungserklärung würde Beratsung eintreten und am nächsten Tage die Debatte beginnen. Andernfalls soll der Reichstag am Sonnabend um 11 Uhr zusammentreten.

Die Zentrumsarbeiter für Wirth

Düsseldorf, 19. Oktober.

Der Vorstand des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands hat gestern in einer Sitzung in Düsseldorf beschlossen, folgende Drahtung nach Berlin zu senden:

„Der Vorstand der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands warnt dringend vor Kabinettschiffen mit rassem Ausgang. Ein Sturz des Kabinetts Wirth würde von den Arbeiterzentrumswählern als eine Wendung des demokratischen und sozialen Regierungslurses empfunden werden.“

Monarchistenfrach in Striegau

Am Montag kam es in Striegau in Schlesien zu einem Zusammenstoß mit den dortigen Monarchisten. Der Deutsche Offiziersbund hatte eine Versammlung angezettelt, in der Admiral Scheer über die Taten der deutschen Hochseeflotte im Weltkrieg sprechen sollte. Die Monarchisten gedachten aus der Versammlung einen großen antirepublikanischen Aufzug zu machen. Die Bühne war mit schwarz-weiß-roten Fahnen und sogar mit der preussischen Kriegsflagge geschmückt. Die Arbeiterschaft, die nicht ruhig zusehen kann, daß vor ihren Augen die Klüftungen gegen die Republik fortgesetzt werden, besetzte mit einem starken Aufgebot das Versammlungsgelände. Als die Monarchisten sich weigerten, die Kriegsflagge von der Bühne zu entfernen, kam es zu Zusammenstößen. Der Vortrag des Admirals Scheer mußte infolgedessen abgelehrt werden.

Die Demokraten haben Pech

Ein verfassungswidriger Erlaß

Nach dem Märzputsch erging durch den Minister Dominicus eine Verfügung — und das war eine seiner ersten Amtshandlungen —, nach der Kommunisten nicht mehr für geeignet erklärt wurden, das Amt eines Gemeindevorstehers, Amtsvorstehers und dergleichen zu bekleiden. In Mitteldeutschland wurden auf Grund dieser Verfügung eine ganze Anzahl kommunistischer Gemeindevorstehers und Amtsvorstehers abgesetzt, auch gegen unabhängige Gemeindevorstehers wurde in der gleichen Weise vorgegangen.

Unter den abgesetzten Gemeindevorstehern befand sich auch unser Genosse Heinrich Fiezer in Helbra (Mansfelder Seekreis), der auf Grund der Verfügung des Herrn Dominicus durch einen Beschluß des Kreis Ausschusses seines Postens enthoben wurde. Genosse Fiezer sucht diesen Beschluß beim Oberverwaltungsgericht an. Die Angelegenheit kam vor einigen Tagen zur Entscheidung. Nach eingehender Verhandlung wurde der Beschluß des Kreis Ausschusses des Mansfelder Seekreises aufgehoben, nachdem Genosse Oskar Cohn als Vertreter des abgesetzten Gemeindevorstehers die rechtliche Unhaltbarkeit dieses Beschlusses dargelegt hatte. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Artikel 138 der Reichsverfassung jedem Staatsbürger, also auch jedem Beamten, das Recht der freien Meinungsäußerung garantierte. Jedermann könne sich nach Belieben in der Partei betätigen, die er nach seinen politischen Anschauungen für die richtige halte. Auch wenn der Gemeindevorsteher Fiezer der kommunistischen Partei angehört, müsse wie geschehen zu erkennen sein. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Kreis Ausschuss und der Staatskasse zur Last gelegt.

Der betreffenden Erlaß des Ministers Dominicus ist sowohl im Ausschuss als auch im Plenum des Landtages wiederholt angefochten worden. Herr Dominicus verteidigte unter Zustimmung aller bürgerlichen Parteien seine Maßnahme. Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts steht nunmehr fest, daß der Erlaß des Herrn Dominicus gegen die Verfassung verstößt. Die kommunistischen und unabhängigen Gemeindevorstehers und Amtsvorstehers, die lediglich wegen ihrer politischen Gesinnung abgesetzt worden sind, sind also auf Grund eines Verfassungsbrechens von ihrem Posten enthoben worden. Die Demokraten haben mit ihren Ministern entschieden Pech. Sie präsentieren mit Vorliebe Oberbürgermeister für die Ministerposten, aber die verwaltungstechnische Vorbildung dieser Herren reicht nicht einmal aus, die Verfassung richtig zu verstehen und sinngemäß anzuwenden.

Der Brand im lettischen Parlament

Memel, 19. Oktober.

Zu dem Brand in dem Ritterhaus des lettischen Reichstages in Riga, in welchem die Konstituante untergebracht ist, meldet das „Memeler Dampfboot“: Der Feuer brach am Montag abend kurz vor Beginn der Feierlichkeiten zu Ehren des Besuchs finnländischer Parlamentarier und führender Persönlichkeiten aus. Bis um 10 1/2 Uhr nachts gelang es der Feuerwehr, des Feuers Herr zu werden. Die oberen Räume, in denen sich der Sitzungssaal der Konstituante mit den wertvollen Kronleuchtern befindet, blieben ein. Die zahlreichen Wappen der lettischen Ritterschaft, mit denen die Wände besetzt waren, wurden vernichtet. Viele Gemälde, Möbel usw., die in den unteren Räumen untergebracht waren, konnten in Sicherheit gebracht werden.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Morgen, Freitag, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiterbildungshule eine

Außerordentliche Zentralvorstandssitzung

statt. Erscheinen dringend notwendig.

Studentenstreiche

Der Allgemeine Studentische Pressedienst meldet, daß das Deutsche Korrespondenzbureau für ausländische Universitäts- und Studentenangelegenheiten ab 1. Oktober 1921 in den Besitz der Deutschen Studentenschaft übergegangen ist. Dieses Bureau hat in den kaum anderthalb Jahren seines Bestehens Erhebliches getan, die seit dem Kriege gänzlich zerrissenen und hauptsächlich dank dem Chauvinismus eines vielerorts nicht allzutrosten, aber jedenfalls allzulärmenden Teiles der deutschen Studentenschaft äußerst schwer wiederherzustellenden Verbindungen zwischen der akademischen Welt Deutschlands und des Auslandes wieder anzuknüpfen. Möglich wurde diese Aufgabe, die oft genug als hoffnungslos bezeichnet wurde, hauptsächlich durch die Persönlichkeit seines Gründers und Leiters, des Dr. Julius Ernst Lips, der das Institut sozusagen aus dem Nichts geschaffen und es von Mai 1920 bis jetzt trotz schwerer Anfechtungen und hartnäckiger Widerstände reaktionärer Studenten- und Universitätskreise mit großem Erfolg gehalten hat. Um so mehr befreudet in fortschrittlichen Studentenkreisen sein jetzt unter eigenartigen Umständen erfolgter Rücktritt. Es ist kein Geheimnis, daß Lips von den reaktionären Zirkeln, in deren Händen die offizielle Vertretung der deutschen Studentenschaft so gut wie ausschließlich liegt, aus seiner eigenen Schöpfung verdrängt worden ist. Nachdem schon verschiedene ähnliche Machinationen gescheitert waren, ist es jetzt gelungen, das Bureau durch Kräfte des Vorgehen unter die Leitung des ausschließlich aus deutsch-nationalen Korpsstudenten bestehenden Vorstandes der deutschen Studentenschaft zu bekommen, womit denn seiner Wirksamkeit ein Ende gemacht sein dürfte.

Der Übergang des Bureaus in die Hände der reaktionären, nationalistischen Studentenschaft beraubt die deutsche Studentenschaft des einzigen Organs, das sie besch, um mit ausländischen Universitätskreisen in offiziellen Verkehr zu treten. Auf dem letzten Studentenkongress in Erlangen erklärte der Vertreter der Schweizer Studentenschaft im Namen der gesamten Neutralen, das Bureau sei die einzige akademische Stelle in Deutschland, zu der die ausländische Studentenschaft Vertrauen hegen könne. Die Verdienste des Bureaus und seines Leiters um die Wiederanknüpfung der internationalen akademischen Beziehungen mußte selbst der reaktionäre Studentenausschuss bei der Uebernahme ausdrücklich anerkennen. Aber das Ausland konnte, wie von den verschiedensten Seiten oft genug hervorgehoben wurde, nur deshalb zu dem Bureau Vertrauen haben und mit ihm in Verbindung treten weil es seinen Leiter als entschieden linksorientiert kannte, oder auch wahrnahm, daß er im Gegensatz zu den reaktionären Studentenfürheren keinen Einfluß auf die Geschäftsführung des Bureaus seiner politischen Rich-

tung einräumte, sondern es politisch streng neutral verwallete. Daß dies mit einer reaktionären Leitung, der Lips gerade wegen seiner politischen Gesinnung immer ein Dorn im Auge gewesen war, gänzlich anders werden wird, ist jedem In- und Ausländer bekannt, der nur etwas über unsere politischen Verhältnisse orientiert ist. Die Folgen des Wechsels sind denn auch so gleich hervorgetreten. Die Studentenschaft der Tschechoslowakei hat als erste fremde Studentenvertretung ihre Beziehungen zum Bureau abgedrochen mit der ausdrücklichen Begründung, daß ihr die nimmehr an der Spitze des Bureaus stehenden Persönlichkeiten keine Gewähr wie der bisherige Leiter für ein gebühliches Zusammenarbeiten bieten. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß andre ausländische Studentenvertretungen ihr bald folgen werden. Mit Vertretern des alten deutschen Geistes mag man im Ausland nirgends zu tun haben.

Zugleich mit der Auflösung des Bureaus ist auch die vor einigen Monaten von Dr. Lips unter großen persönlichen Opfern gegründete Zeitschrift „Student und Ausland“, die bereits in mehreren Ländern einen größeren Leserkreis gefunden hatte und sich der Mitarbeit zahlreicher bekannter Hochschullehrer und Studentenfürher erfreute, der Auflösung verfallen. Mit ihr hat die fortschrittliche Studentenschaft ihr einziges literarisches Organ verloren.

Mit dem Korrespondenzbureau und seiner Zeitschrift ist aber zugleich die einzige Vertretung gestiegen, die der fortschrittliche Geist in deutschen Universitätskreisen hatte. Und dies ist nun eine Angelegenheit, deren Bedeutung weit über die akademischen Kreise hinausgeht. Es kann der deutschen Allgemeinheit, es kann insbesondere der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, daß an den deutschen Hochschulen die Reaktion uneingeschränkt herrscht und jeden Versuch, ihrem unheilvollen Wirken entgegenzutreten, zunichte macht. Es liegt im eigenen Interesse aller fortschrittlichen Kreise, den Bestrebungen links stehender studentischer Elemente den Rücken zu stärken und ihre Organisationen zu fördern. Die politischen Ereignisse gerade der letzten Monate haben ja mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wie ein Geist sich an den Hochschulen entfaltet. Um an seiner Stätte selbst entgegenzutreten, ihn unmittelbar an der Universität zu bekämpfen, sollte das nächste Ziel aller sein, denen es mit der Förderung fortschrittlicher Bestrebungen im Hochschulwesen ernst ist. Die Kultusministerien, insbesondere die von sozialistischen Ministern verwalteten, sollten hier nach dem Rechten sehen, bevor es zu spät ist.

August Gaul gestorben. Dienstag abend starb August Gaul, der große Tierbildner unserer Zeit, wenige Tage vor Vollendung seines 82. Lebensjahres. Eine unentrichtbare Krankheit hatte ihn vor längerer Zeit erkränkt, im Frühjahr, als er im Süden sich erholt hatte, hofften seine Freunde noch einmal auf seine Genesung, bis er schließlich erkennen mußte, daß der Meister dem Tode entgegen-

ging. Nur er wußte es nicht. Schaffend hatte er die letzten Monate in seiner Werkstatt verbracht, und noch am Dienstag abend, als seine Freunde um ihn versammelt waren, hat er gearbeitet, als er sich einen Augenblick niedersetzte und ein Herzschlag ihn von seinen Beiden erlöste. Als leichtes großes Werk und vielleicht als sein höchstes stand daneben in der Werkstatt die große Figur eines Menschenaffen, der bis zuletzt seine Arbeit gewidmet war.

Von der Schöneberger Volkshochschule. Die Hörer der Volkshochschule Groß-Berlin, Bezirk 11, haben sich vereinigt, um sie in ihrer Entwicklung zu fördern und sie mehr und mehr den Bedürfnissen der Hörerschaft anzupassen. Alle Hörer können sich an dieser Aufgabe beteiligen. Nur dann kann sie aber erfüllt werden, wenn allen Gelegenheit gegeben ist, ihre Wünsche und Erfahrungen auszudrücken und im Meinungsaustausch zu klären. Darum hat die im Bezirk 11 bestehende Hörervereinigung alle 14 Tage, abends 7 1/2 Uhr, im neuen Rathaus eine zwanglose Zusammenkunft. Diese Abende sollen den Hörern auch Gelegenheit bieten, ihre Bildungsinteressen zu befriedigen. Das heißt, es sollen Führungen aller Art, sowie Theater- und Koncertbesuche zu ermäßigten Preisen vermittelt werden. Ferner ist die kostenlose Beschaffung bildender Lektüre beabsichtigt. Vergleichende Vorträge über andere Volkshochschulen werden diesem Kreise Anregungen bringen und aus den mitgeteilten Wünschen der Hörer werden Hinweise auf neue Ziele entstehen. Darum ist es notwendig, daß möglichst viele Hörer an unseren Veranstaltungen mitwirkend teilnehmen. Die nächste Zusammenkunft findet Sonnabend statt. (Neues Rathaus, Schöneberg, Rudolf-Wilde-Platz.) Alle Hörer, Freunde und Gönner der Volkshochschule sind hiermit eingeladen.

Buch und Bild. Unter dem Namen Buch und Bild. Berliner Herbstschau 1921 plant der Deutsche Buch-, Kunst- und Musikalienhandel für den kommenden Monat eine Veranstaltung großen Stiles, die ein umfassendes Bild seiner bedeutenden Leistungen entfalten soll. Im Mittelpunkt wird eine große Buchausstellung im Kunstgewerbemuseum stehen, die gleichzeitig einen Ueberblick über die Bildproduktionen und graphischen Blätter der Kunstschaffenden gibt. Während der Ausstellung wird ein Schauspieler-Wettbewerb der Berliner Sortimenter stattfinden. Eine Reihe von Vorträgen sowie ein Film, der die Herstellung des Buches zur Anschauung bringt, werden auch noch versprochen.

Eine Auto-Expedition durch die Sahara. Die Durchkreuzung der Sahara im Kraftwagen, die bisher vergeblich versucht wurde, soll jetzt durch eine reichsausgestattete Expedition versucht werden, die die Unterstützung des französischen Kriegs- und Kolonialministeriums genießt. Die Reise wird von Tugurt in Algerien aus angetreten und soll bis nach Timbuktu führen. Es werden 12 Kraftwagen verwendet, die mit Vorräten versehen sind, um sich auf dem Sande fortzubewegen, ohne tief einzusinken. Jeder Wagen ist mit einer genügenden Menge Petroleum für die ganze Reise von über 2500 Kilometer ausgestattet, ebenso mit einem Motorsägegewehr. Außer den Kraftwagenführern und Mechanikern nehmen an der Expedition ein Geologe, ein Journalist und ein Filmoperateur teil. Man hofft, die Wüste innerhalb von 14 Tagen zu durchqueren.

Die Ausfuhrabgaben

Der Reichswirtschaftsrat für Erhöhung und Staffelung

Der wirtschaftspolitische Ausschuss und der Ausfuhrabgabenausschuss des Reichswirtschaftsrates berieten, wie den V. V. R. mitgeteilt wird, in einer gemeinschaftlichen Sitzung am 17. Oktober über den Antrag der Reichsregierung auf Erhöhung der Ausfuhrabgabe. Der Antrag der Reichsregierung lautet:

1. Auf Grund sofort einzulegender genauer Ermittlungen und Beratungen sollen die Ausfuhrabgaben bis spätestens 1. April 1922 geregelt werden.
- II. Für die Zeit bis zum Inkrafttreten dieser Neuregelung soll mit sofortiger Wirkung eine Zwischenregelung erfolgen, die auf den derzeitigen revidierten Sätzen des Ausfuhrabgabentarifs aufbaut. Zu diesem Zweck soll (bei Zugrundelegung des gegenwärtigen Salutafußes):
 1. Eine Erhöhung der derzeitigen Sätze des Tarifs um 4 Prozent eintreten.
 2. Diese Erhöhung nach oben begrenzt werden durch Maximalhöhen, die bei Fertigfabrikaten 6 Prozent, bei Halbfabrikaten 7 Prozent und bei Rohstoffen 8 Prozent betragen soll.
 3. Soweit bereits revidierte Sätze diese Maximalhöhen überschreiten, sollen sie beibehalten werden.
 4. Auslandswaren (ausländische Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate), die welchen einwandfrei feststeht, daß sie keinerlei Weiterverarbeitung im Inlande mehr unterworfen werden, und solche, die welchen die Weiterverarbeitung im Inlande nur eine ganz geringfügige ist, wird mit keiner oder einer wesentlich geringeren Abgabe (höchstens 3 Prozent) belegt.

Zu seiner Begründung führte Staatssekretär Dr. Hirsch dem Reichswirtschaftsministerium etwa folgendes aus:
Es ist unmöglich, bei einem Sturz der Saluta, der binnen 2 oder 3 Tagen die Mark wieder um 50 Prozent entwertet, selbst dann, wenn ausländische Rohstoffe, z. B. Textilien, verarbeitet werden, zu sagen: hier entstehen keine Salutageninne. Wenn sie nicht entstehen, so ist es nationale Pflicht, dafür zu sorgen, daß sie entstehen. Eher als irgendeinen anderen Vorwurf hat die Regierung den erwartet, daß sie mit ihrer Maßnahme zu spät komme und die Sätze zu niedrig seien. Denn die Entente hat vorläufig die Aenderung des Ausfuhrabgabentarifs abgelehnt, das deutsche Reich zahlt also für jede Ausfuhrware, die über seine Grenze geht, 26 Prozent Ausfuhrabgabe. Wenn jetzt, wo enorme Salutageninne bei der Ausfuhr entstehen, die Möglichkeit besteht, wenigstens einen Teil davon dem Reiche zu sichern, so müßte sie ergriffen werden, zumal das eine „Erfassung an der Quelle“, wie sie vom Reichswirtschaftsrat selbst verlangt worden ist, darstellt. Das Reich kann in einem Augenblick, wo es durch die Entwertung der Saluta auf allen Gebieten seines Staats ungeheure Verluste erleidet, nicht darauf verzichten. Der finanzielle Erfolg wird nicht gering sein. Der Ertrag der sozialen Ausfuhrabgabe für 1920 war 1155 Millionen Mark. Die Sätze sind so vorgesehen, daß sie gleichzeitig ausfuhrpolitisch wirken, indem Rohstoffe relativ hoch, Fertigfabrikate relativ niedrig belastet werden. Auch kann die Abgabe vorerst leider nur in sehr bescheidenem Ausmaße dazu beitragen, die Angleichung der Inlandspreise an den katastrophalen Salutasturz etwas zu verlangsamen. Das Bedenken, das die Ausfuhrabgabe zu den an die Entente verpfändeten Abgaben gehört und daher die jetzt eintretende Erhöhung später die Garantiekommision, ist mit dieser Abgabe einverstanden, fordert und ihr nachträglich Mitteilung des Geschehenen zu machen. Das die bisher ausfuhrfreien Waren später unter die Abgabe kommen als die anderen, läßt sich nicht vermeiden. Bei dem Inkrafttreten der Umsatzsteuer, welche die Ausfuhr gleichfalls betrifft, wird bei den Ausfuhrabgaben darauf Rücksicht zu nehmen sein.
In der Erörterung ergab sich föhliche Übereinstimmung sämtlicher Mitglieder darin, daß dem Sinken der Mark durch eine Maßnahme der vorgeschlagenen Art Rechnung getragen werden müsse. Von den Arbeitgeberern der Industrie wurden Bedenken nur insofern geltend gemacht, als die Neuregelung der Ausfuhrabgaben nicht schematisch erfolgen, sondern sich den Marktverhältnissen der einzelnen Waren möglichst anpassen soll. Dieser Antrag wurde mit allen gegen drei Stimmen zugestimmt und darauf auch die Regierungsvorlage unter Streichung der Ziffer II, 2 und 3 angenommen. Zu II, 4 wurde ein Zu-

santrag Erweitern gegen die Stimmen der Arbeitnehmer angenommen, der lautet:

Daselbe (also die Ermäßigung der Abgabe) gilt für Waren, die ganz oder vorwiegend aus ausländischen Rohstoffen oder Halbfabrikaten hergestellt sind und bei denen der Lohn nur einen kleinen Teil des Wertes der Fertigwaren ausmacht.
Der Ausfuhrabgabenausschuss wird in einer Sitzung am Donnerstag, den 20. Oktober 1921, nach Vorlage der Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen durch die Regierung nach diesen Richtlinien ein formuliertes Gutachten erstatten.

Städtetag und Wohnungsnot

Erhöhung der Mieten — keine Gemeinwirtschaft

In der Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages, die in Berlin am 18. Oktober stattfand, wurde die von Jahr zu Jahr brunnender werdende Wohnungsnot, die gegenwärtig wieder alle politischen Körperschaften lebhaft beschäftigt, auf das eingehendste erörtert und folgende Entscheidung gefaßt:

1. Wenn die zur Milderung der Wohnungsnot dringend notwendige Neubautätigkeit zu Beginn des Baujahres 1922 einleitet, ist es unbedingt nötig, daß unter Zurückstellung der sonstigen Probleme des Wohnungswesens vor allem die Finanzierungsfrage in kürzester Frist geklärt wird, damit alle Vorbereitungen richtig getroffen werden können.

Die bisherige Lösung der Finanzierungsfrage, die durch das Reichswohnungsbauabgabengesetz vom 26. Juni 1921 (RG. S. 773) versucht worden ist, ist gänzlich ungenügend. Es bedarf viel größerer Mittel, um auch nur den allerdringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden.

Das Reichswohnungsbauabgabengesetz weist aber zugleich den einzig möglichen Weg, wie die notwendigen öffentlichen Mittel zur Förderung der Neubautätigkeit gewonnen werden können. Jedoch müssen die Abgabefüße ganz wesentlich gesteigert werden und zwar in einem solchen Maße, daß daraus die Kapitalaufwendungen für die notwendigen Neubauten, nicht bloß der Zins- und Tilgungsdienst, bestritten werden können.

Die mit solcher Regelung verbundene Verteuerung der Wohnungsmieten mit ihren Folgewirkungen auf allgemein wirtschaftlichem Gebiete muß, da ein anderer Weg zu der Bekämpfung der Wohnungsnot nicht gegeben ist, als unabwendbar mit in den Kauf genommen werden.

2. Gleichzeitig muß aber auch die Verwendung der öffentlichen Mittel wesentlich anders gestaltet werden und es muß vor allem den Gemeinden, welche die entscheidenden Träger der Wohnungsförderung sind, die notwendige Bewegungsfreiheit unter Beachtung auf unnötige Zentrosifikation und Bürokratisierung eingeräumt werden, damit sie die dem öffentlichen Bedürfnis entsprechenden Maßnahmen mit der nötigen Schnelligkeit in die Hand nehmen können. Ferner muß mehr, als es wenigstens in einzelnen Ländern bisher der Fall war, der Last der Rechnung getragen werden, daß die größte Wohnungsnot in den Städten, vor allem den großen, und nicht auf dem Lande besteht, und es darf die Bekämpfung der gegenwärtigen dringenden Not in den Städten nicht dem an sich durchaus zu unterstützenden Zukunftsideal ländlicher Siedlung zum Opfer gebracht werden.

Der Vorstand des Preussischen Städtetages, der am 17. und 18. Oktober im Berliner Rathaus tagte, nahm gegen den Entwurf der preussischen Grundvermögenssteuer Stellung. In der dazu angenommenen Entschließung heißt es zum Schluß: „Nachdem die Einkommensteuer zur Reichsteuer geworden ist, müssen die preussischen Gemeinden verlangen, daß ihnen wenigstens die letzte Grundlast ihrer Finanzgebahrung auf dem Gebiete der direkten Steuern ungeschmälert erhalten bleibt und der preussische Staat seine Hand von diesen Steuerquellen für seine Zwecke fernhält.“

Lohnkämpfe im Reich

In der Porzellan- und Steingutindustrie Dresdens ist es zu einer großen Lohnbewegung nach Scheitern der Tarifverhandlungen gekommen. In 140 Betrieben haben die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes im Sitze. Wenn bis zum 29. Oktober keine Einigung zustande gekommen ist, so wird die Ausper-

rung sämtlicher Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen angeündigt. 60 000 Personen werden dann im Lohnkampf stehen.

Das Lohnabkommen in der Magdeburger Metallindustrie, das vor einigen Wochen abgeschlossen wurde, ist von den Metallarbeitern bereits wieder gekündigt worden. Sie verlangen eine abermalige Erhöhung des Stundenlohnes um 1,50 Mark.

Die Belegschaften des Reichs-Weichenfeller Braun-Lotharwerkens sind mit den letzten Lohnverhandlungen unzufrieden. In einer Versammlung der Betriebsräte wurde deshalb eine Entschließung gefaßt, in der dem Zentralvorstand der Gewerkschaften das Mißtrauen ausgesprochen wird.

Austritt des sozialistischen belgischen Kammerpräsidenten. Der Präsident der Kammer, der Sozialist Brunet, hat sich mit den aus der Regierung ausgetretenen sozialistischen Ministern solidarisch erklärt und ist zurückgetreten.

Baltischer Sozialistenkongress. Am 18. Oktober wurde in Riga der Kongress der Sozialisten Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens eröffnet, auf dem gemeinsame Richtlinien für die äußere Politik der baltischen Staaten erörtert werden.

Französische Heeresorganisation. Einer Habermeldung zufolge werden sich die Jahresklassen des französischen Heeres vom 1. Oktober an wie folgt verteilen: Aktives Heer Jahresklassen 1920 und 21, Reservisten des aktiven Heeres Jahresklassen 1908 bis 19, Territoriale Armee Jahresklassen 1901 bis 07, Reservisten der Territorialen Armee Jahresklassen 1894 bis 1900.

Ungarisch-österreichischer Gelleinustausch. Der ungarische Minister des Äußeren hat die Nachricht erhalten, daß zu Beginn der nächsten Woche 375 von der Sowjetregierung als Geiseln zurückgelassene ungarische Kriegsgefangene aus Moskau und Petersburg abtransportiert und demnächst in Riga einreisen werden. Am gleichen Tage wird in Budapest eine erste Gruppe von 6 ungarischen Kommunisten, die von der Sowjetregierung angefordert wurden, die Reise nach Riga antreten.

Herabsetzung der Schiffsfrachttarife. Auf einer vom amerikanischen Schiffahrtsamt veranstalteten Konferenz kündigte der Vertreter der Schiffahrtsgesellschaften eine Herabsetzung der Frachttarife zwischen dem europäischen Kontinent und Amerika an. Diese Herabsetzung beträgt 15—20 Prozent für Metalle und 3—5 Prozent für Getreide, Fleisch und Konserven.

Das amtliche Wahlergebnis

44 unabhängige Stadtverordnete

Das nunmehr feststehende genaue Gesamtergebnis der Stadtverordnetenwahlen weist folgende Zahlen auf: Die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen beträgt 1 717 571, der Wahlquotient 7 633. Nach den Kreiswahlvorschlägen sind 161 Stadtverordnete gewählt worden, 64 auf Grund der Reststimmen nach den Stadtlisten. Das Resultat gestaltet sich folgendermaßen:

	Auf Kreisliste	Reststimmen	Auf Stadtliste	Zusammen
Deutsche Volkspartei	27	60 224	8	35
Deutschnat. Volkspartei	35	36 002	5	40
Demokraten	9	54 808	8	17
Wirtschaftspartei	2	71 539	10	12
Zentrum	—	63 080	9	9
Deutschnationale	—	12 000	1	1
				114
Unabhängige	33	76 996	11	44
Sozialdemokraten	40	46 070	6	46
Kommunisten	15	47 873	6	21
				111
	161		64	225

Von den insgesamt abgegebenen gültigen 1 717 571 Stimmen haben die bürgerlichen Parteien 874 028 erhalten, denen 843 543 sozialistische Stimmen gegenüber, und zwar:

Unabhängige	328 885
Sozialdemokraten	352 290
Kommunisten	162 368

Die absolute bürgerliche Mehrheit beträgt 30 485 Stimmen. 114 gegen 111 Stadtverordnete.

Konsumenten, nicht eure Macht

Sinein in die Konsumgenossenschaft

Mit drückender Schwere lastet auf dem gesamten Wirtschaftsleben unseres Volkes die unausgeglichen Sicherung der Preise aller Nahrungs- und Genussmittel. Rückwärtslos: Spekulanten denken die Not der Regierung, um durch Verkauf von Devisen die Entwertung der Mark auf einen ungeheuren Tiefstand zu drücken. Diese Herrschaften kennen keine Rücksicht auf den übrigen Teil des Volkes, wenn nur ihr Weizen blüht. Die landwirtschaftlichen Produkte, die für die Erhaltung des menschlichen Körpers so wichtigen Dinge, wie Butter, Eier, Kartoffeln, werden euch maßlos verteuert und stehen in keinem Verhältnis zu eurem Einkommen.

Das Privatkapital hat während des Krieges nur minderwertige Waren für die Bevölkerung geliefert, zu einer Zeit, da noch verhältnismäßig gute Waren gehandelt wurden. Es veränderte willkürlich die Preise und konnte nach oben keine Grenze. Nur durch die Konsum-Genossenschaft konnte dem Treiben einigermassen entgegengetreten werden.

Die Konsum-Genossenschaft erstrebt die Zusammenfassung aller Verbraucher und übernimmt die gesamte Bedarfsdeckung aller Kopf- und Handarbeiter auf dem Gebiete der Warenversorgung. Der Zusammenschluß der Konsumenten ermöglicht in höherem Maße die Eigenproduktion.

Die Macht als Verbraucher muß von der Arbeiterchaft mehr als bisher angewendet werden. Durch Erwerbung der Mitgliedschaft in der Konsum-Genossenschaft werden die Konsumenten zu einem Machtfaktor im Wirtschaftsleben.

Die Konsum-Genossenschaft unterhält zur Zeit vier Warenhäuser, 152 Lebensmittelverkaufsstellen in Groß-Berlin, eigene Dampfbackerei, Konditorei, Pflanzenschutzfabrik, Kaffeebrennerei, Mineralwasserfabrik, eine eigene Sparkasse mit über 45 Millionen Mark Spargeldern. Sie hat nicht die Absicht, in der Entwicklung stehen zu bleiben. Die Frage der Fleischversorgung für die Mitglieder hofft die Verwaltung bald zu lösen.

Alle arbeitenden Konsumenten müssen Käufer der Konsumgenossenschaft werden. Sinein in die Konsumgenossenschaft herein und Umgegen!

Eine romantische Unterschlagungsaffäre

Eine etwas romantische Unterschlagungsaffäre führte die frühere Postausseherin Emma Krüger vor die Sitzkammer des Landgerichts III. Die Angeklagte war als Beamtenausseherin in Bromberg in den Postdienst eingetreten. Sie war von Anfang an in der Rentenzahlstelle beschäftigt, und zwar bestand ihre Tätigkeit in der Vermittlung, Zahlung und Verrechnung von Geldern und Führung von Listen und dergleichen. Am 28. März 1919 empfing sie 27 225 M., welche am nächsten Tage zur Auszahlung an Rentempfänger gelangen sollten. Da die Krüger, der die Führung der Kasse der Rentenzahlstelle oblag, noch einen laufenden Bestand von 12 910 M. hatte, befahl sie im ganzen 40 135 M. Diese ganze Summe hat sie unterschlagen. Sie hatte sich zu diesem Zweck einen Beutel zurecht gemacht, in dem sie die aus Papiergeld bestehende große Summe verpackte. Den Beutel befestigte sie an einem unter ihrem Kleiderrock angelegten Gürtel. Das Geld verbarg sie im Walde, in einem Loch, das sie tags vorher ausgegraben und vorläufig mit Erde zugestülpt hatte. Von dort holte sie das Geld und verbarg den

Musik

Das Violinkonzert nimmt in der Musikliteratur eine besondere Stellung ein. Nur eine geringe Zahl von Musikern hat für die Gattung Werke von dauerndem Wert geschaffen. Trifft man aus dem reichen Material der Jahrhunderte eine Ansicht nach dem speziell geistigen und musikalisch geschlossenen Gehalt, so ergibt sich eine verhältnismäßig geringe Ausbeute. Denn zu der genauesten Kenntnis des Instrumentes mit seinem unendlich feinen Nuancierungsvermögen muß sich eine klare lineare Erfindungskraft mit geschickter kombinerender Orchestrationsgabe gesellen, um die Solostimme beherrschend und zugleich zwanglos über dem Orchesteruntergrund schweben lassen zu können. Nur wenige (und schon gar zu oft gepielte) Violinkonzerte leben: Max Regers Meisterwerk leuchtet erneuernd die Linie fort. Aus gleicher Wurzel wachsen in dieser Schöpfung Solologe und Orchesterpart, und wähen sich in unerschütterlicher Wechselwirkung zu organischer Einheit. Am zwingendsten ist die melodische Triebkraft in dem weitgespannten Largo; teil, in den beiden Entwürfen, aus dem Geist bayrischer Ebcornen und Pariser geboren — padt mehr der lapidare, modulatorische Bau. — Wie äußerlich nimmt sich dagegen der ungeheure technische Aufwand in Dohnanais Violinkonzert aus, das trotz rhythmischer Vielfältigkeit kaum mehr als billige virtuose Effekte in den Vordergrund treten läßt. Auch dem Andante sostenuto, das nach linearen Stützpunkten tastet, fehlt der Atemtragender Melodie. Soloinstrument und Orchester laufen nebeneinander, so daß der Eindruck zwischen begleiteter und obligater Violine wechelt.

Zwei bedeutende Geiger teilten sich (ihrer Veranlagung entsprechend) in die Wieberegade der beiden Werke. Adolf Busch spielte Regers Violinkonzert mit schwebender Seele, rund und innerlich anwühlend in der Longebung, wobei Emil Bohne, einer der besten Dirigenten, wie ein Ballast mit dem Orchester hinterdreinschleppte. In Dohnanais Finesse schmiegte sich Joseph Szigeti mit geistlicher Brillanz, elegant und selbstverständlich in allen Aushalten. Fritz Kreisler, der sich sehr geschickt in die wechselrhythmische Begleitung des Konzertes fand, erstarrte in Brudners 7. Symphonie zur Sachlichkeit, ohne einen Funken von Glanz in dem feierlich langsam Adagio und zündenden Witz in dem schillernden Scherzo aufleben zu lassen.

Eine eigene Bewandnis hat es mit den Gaskspielen ausländischer Künstlergruppen, die nicht als Repräsentation ihres Landes angesehen werden können. Das Berner Streichquartett mag innerhalb seines Kantons vollkommen seinen musikalischen Zweck erfüllen; in der Konzentration Berlins bleibt es ohne Nachhall mit seiner Durchschnittsleistungsfähigkeit, selbst wenn es uns ein unbekanntes Streichquartett seines melodisch verfeinerten Landmannes Hermann Guter mitbrachte und in französischer Manier April aus den düstigen, bis zur Schwärze narzotischen Schwingungen Maurits Kavels in seinem Streichquartett F-dur zu zapfen verfuhte.

Raum unter günstigerem Gesicht führte sich Albert Jarosch von neuem in Berlin ein, der in der letzten Zeit als theoretisierender Geiger die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat. Er scheute wahrlich keine Schwierigkeiten, die Ambrosios 2. Violinkonzert und Quers klassisches Bearbeitungen in sich bergen, aber er griff auch ebenso wader daneben, verwischte Passagen und erwieh sich unzuverlässig in der Doppeltrichschrit. Sein Spiel neigt besonders in fanatischen Partien durch schmierendem Vagabondage zu unklarem Ausdruck.

In einem gemeinschaftlichen Konzert im Becksteinaal legten die Schreierkühler Ernst Krenel, Alois Hada und Felix Petrek (Sopranen) ein Prüfungsexamen vor der Berliner Oeffentlichkeit ab. Krenel, der in seinem unangenehmem Quartett aus dem Nürnberger Tonkünstlerfest Feuer und Schläge pfe, verlegnet auch in der elegant geschneiderten Es-dur-Sonate nicht seine wienerische Vollblutnatur, die aus musikalischer Fülle schöpft, wichtige Ideen mit maßlosen Uebergehungen verbindet und einen hohen Preis an Unmittelbarkeit und Subjektivität der Befangenheit in traditionellen Mitteln zahlt. Noch stärker beeinflusst von überkommener Sitte gibt sich die D-moll-Sonate von Alois Hada; die Gebundenheit an überlieferter Gesetze bestimmt den Aufbau und läßt die Physiognomie einer ergebigen Veranlagung nicht zur Auswirkung kommen. Am Schluß des ersten Satzes bricht sich dennoch eine Elementarhaft Bahn, die den ursprünglichen Musiker manifestiert. Felix Petrek, der als gut geformter, organisch gestalteter Pianist die Reueliten übermittelte, pointierte kompositorisch in seinen 3. Protesen (die von dem Vorgesetzten allein von Belang sind) mit feingebildetem Geist, aber es fehlt in ihm der durchdringende musikalische Strom. Fritz Windlich

Der 1. Italienische Musikkongress, der im Oktober in Turin tagt, hat unter der Beteiligung der führenden Musiker des Landes seine Sitzungen im Liceo Musicale Giuseppe Verdi begonnen. In den Vor- und Nachmittagsveranstaltungen wird über die wichtigsten kulturmusikalischen und musikalisch-wirtschaftlichen Fragen referiert, deren Lösung mannigfaltige Zusammenhänge für das deutsche Musikleben ergeben; die Abendzusammenkünfte sind Darbietungen italienischer und deutscher Kammermusik gewidmet. Unter Musikreferent, Fritz Windlich, wird über das Ergebnis der Verhandlungen in einem späteren Artikel zusammenfassend berichtet.

Tages-Notizen

Die Tafel Mann-Jäger der Staatsoper ist nachfolgendes methex. Das neue Datum wird nach bekannt gegeben werden. Geheime Karten werden zurückgenommen.

Wöchentliches Konzert, Spielplan-Veränderung: Donnerstag bis Sonntag Kewitz, Montag, Dienstag geschlossen, Mittwoch, 26. 7. Uhr Debur.

Ueber Boethes Jank spricht Dr. Franz Wille Freitag von 7 bis 9 Uhr im Saal. Gymnasium, Reichsoperplatz 6.

Die Forschungsanstalt für Agrar- und Viehwirtschaft ist aus Mitteln des Reichs und Preußen in Verbindung mit der Berliner Universität unter Leitung des Professors Georg Landwehr gegründet worden. Die Forschungstätigkeit wird sich besonders mit Problemen beschäftigen, welche die Agrar- und Viehwirtschaft des Reichs und der Länder betreffen. Mit der Forschung verbindet sich eine Lehrstätigkeit. Das Institut hat höhere Beamte für die landwirtschaftliche Verwaltung und für das Viehwirtschaften auszubilden.

